Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 213 — 1920 Nr. 489

Bezugspreis: für hiesige und auswärtige Bezieher monatlich Mk. 7.50, vierteljährlich Mk. 22.50 frei Haus. Durch die Post bezogen zuzüglich postal. Bestellgeld.
Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801 abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto Leipzig 20512

Morgen-Ausgabe
Dienstag, 2. November

Anzeigenpreis: Die 8gesp. 54 mm breite mm-Grundzeile 60 ₰. Die 3gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 3.00 M Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale
Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. [illegible] 90 Eigene Berliner Schriftleitung — Verlag und Druck von Otto Thiele Halle-Saale

England gegen Frankreich

England gegen den französisch-ungarischen Vertrag

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

h. Paris, 1. November.

Wie aus London gemeldet wird, hat die englische Regierung erklärt, daß sie den französisch-ungarischen Geheimvertrag nicht anerkenne. Infolgedessen hat die französische Regierung die ungarische Regierung verständigt, daß der Vertrag annulliert wird. Wie dazu aus Budapest gemeldet wird ist durch das Scheitern des französisch-ungarischen Vertrages die Lage der ungarischen Regierung unhaltbar geworden.

Neue Ententebesprechungen

b. Paris, 1. November.

Der Londoner Berichterstatter des „Echo de Paris" teilt mit, daß Lloyd George beabsichtige, in kurzer Zeit mit dem französischen Ministerpräsidenten zu einer Besprechung über die Schwierigkeiten, die sich zwischen Frankreich und England ergeben haben, zusammenzukommen.

„Giornale d'Italia" will aus zuverlässiger Quelle erfahren haben, daß Giolitti sich in der zweiten Hälfte des November oder, wenn die Tagung des Parlaments ihn daran hindern sollte, Anfang Dezember nach London begeben werde.

Danzigs Zukunft

b. Danzig, 1. November.

Der „Danziger Zeitung" wird aus Paris gemeldet:

Die Botschafter-Konferenz wird sich, wie verlautet, am Dienstag erneut mit der Danziger Frage beschäftigen. Allem Anschein nach besteht auf seiten der Konferenz der Wunsch, daß die unverbindlichen vermittelnden Besprechungen, die der Franzose Fromageot in den letzten Tagen als Vertrauensmann der Botschafter-Konferenz abwechselnd mit den Chefs der Danziger und der polnischen Delegation hatte, sich nicht endlos hinziehen. Es ist daher anzunehmen, daß die Konferenz versuchen wird, die Unterzeichnung des Vertrages irgendwie zu beschleunigen.

Ueber einige kleine Aenderungen des Vertragsentwurfes scheinen die Danziger und die Polen einig zu sein. Andere Fragen, die mehr die Einzelheiten der Ausführung des Vertrages betreffen, werden vermutlich für später zurückgestellt werden, da eine Erledigung noch Wochen erfordern würde und sie mangels praktischer Erprobung vermutlich doch nur als vorläufig gelten könnten. Es bleibt eine Reihe von Bestimmungen übrig, die von den Polen als unannehmbar bezeichnet wurden, während die Danziger nach wie vor zur Unterzeichnung bereit sind.

Zwei wichtige Beschlüsse in Preußen

Dr. Löwenstein nicht bestätigt

w. Berlin, 1. November.

Löwenstein und Eichhorn haben, wie W. T. B. meldet, die Bestätigung als Mitglieder des neuen Magistrats nicht erhalten.

Dazu meldet der „Lok.-Anz.":

Die Bestätigung Dr. Löwensteins ist, nachdem sich sowohl das Provinzial-Schulkollegium als auch der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung gegen seine Befähigung für das Amt eines Oberstadtschulrats ausgesprochen haben, nicht mehr zu erwarten. Man hofft, daß an seiner Stelle Herr Direktor Goldbeck vom Friedrich-Werderschen Gymnasium gewählt wird, für den Mehrheitssozialisten und bürgerliche Parteien eintreten werden. Der entschiedene Schulreformer Professor Oesterreich kommt wohl nach unseren Informationen nicht mehr in Betracht.

Das wird ein harter Schlag für den Herrn (!!) Dr. Löwenstein sein, den er wohl nie erwartet hat. Fühlte er sich doch schon als Schulmonarch, und drohte Neuerungen nach seinen Grundsätzen — und was das für welche sind, braucht wohl bei Herrn Dr. Löwenstein nicht noch besonders hervorgehoben zu werden — einzuführen. Was schert es ihn, daß sich alles gegen ihn wandte, daß Protest über Protest gegen seine Wahl erhoben wurde, standen doch die Unabhängigen hinter ihm, diese Vernunft hat doch gesiegt. Unsere Kinder fallen nicht in die Hände des Herrn „Oberstadtschulrat a. D." Die Stimme der Verbündeten ihn schon zu Amt und Würden bringen. Falsch gewählt eines . . . Dissidenten. Was bei dieser Nichtbestätigung alles mitgespielt hat, entzieht sich zurzeit noch unserer Kenntnis. Vielleicht sucht sich Herr Dr. Löwenstein nun eine andere Futterkrippe aus?

Das rechtswidrige Vorgehen gegen die Organisation Escherich

Als der preußische Minister des Innern am 15. August die Oberpräsidenten anwies, die Bildung von Orgesch-Organisationen zu verbieten bezw. aufzulösen, war es klar, daß dies Vorgehen ein ungesetzlicher Willkürakt sei. Diese Auffassung, die die demokratische Presse vergeblich zu widerlegen suchte, hat inzwischen die volle Bestätigung ihrer Richtigkeit durch ein Gutachten des preußischen Justizministeriums gefunden, das am 11. Oktober auf Ersuchen des Präsidenten des Staatsministeriums abgegeben worden ist, und zwar auf Grund des Materials, das der preußische Minister des Innern dem Justizminister zur Verfügung gestellt hat. In diesem Gutachten des Justizministeriums wird festgestellt, daß weder die Vorschriften des § 127 noch die des § 128 des Strafgesetzbuches durch die Organisation Escherich verletzt werden; also genau derselbe Standpunkt, den wir sofort gegenüber der Verfügung vom 15. August einnahmen. Ebensowenig findet nach dem Gutachten des preußischen Justizministers das Vorgehen gegen die Organisationen Escherich in den Verfügungen über die Entwaffnung und über die Auflösung der Einwohnerwehren irgend eine Stütze. Das Gutachten des Justizministers kommt demnach zu dem Ergebnis, daß das Verbot der Orgesch durch das vorgelegte Material gegenüber dem Art. 124 der Reichsverfassung, der die Vereinsfreiheit schützt, nicht gerechtfertigt wird. Auch wenn einzelne örtliche Organisationen oder einzelne Mitglieder der Orgesch sich mit Strafgesetzen in Widerspruch setzten, würden nur diese Organisationen oder Mitglieder bestraft werden können, die Frage, ob der Verein Orgesch als solcher aufgelöst oder verboten werden könne, würde dadurch nicht berührt.

Spätestens seit dem 11. Oktober weiß also der preußische Minister des Innern, daß das ganze Vorgehen gegen die Organisation Escherich ungesetzlich war. Um so erstaunlicher ist es, daß beispielsweise noch kürzlich der Oberpräsident in Breslau Herrn Escherich das rednerische Auftreten untersagen konnte, ohne daß sofort Remedur von Berlin aus erfolgt wäre. Noch erstaunlicher aber, daß Herr Severing dem Vernehmen nach ein neues Verbot gegen die Orgesch beabsichtigt, unter dem Vorwande, daß einzelne örtliche Organisationen der Orgesch sich aus früheren Einwohnerwehren herausgebildet hätten und die Waffen dieser Einwohnerwehren verschwunden seien. Es wird Sache des preußischen Staatsministeriums sein, dafür zu sorgen, daß der Minister des Innern nicht weiter mit ungesetzlichen Willkürakten vorgeht!

Bei der Gelegenheit sei noch darauf hingewiesen, daß es eine absichtliche Irreführung der öffentlichen Meinung bedeutet, wenn von sozialdemokratischer Seite die Organisation Escherich als eine Vereinigung des Bürgertums gegen die Arbeiterschaft bezeichnet wird. Die Organisation Escherich denkt gar nicht daran, eine Kampfstellung gegen die Arbeiter einzunehmen.

Man wird abwarten müssen, ob der preußische Minister des Innern es wirklich fertig bringen wird, gegenüber dem klaren und entschiedenen Rechtsgutachten seines Justizkollegen weiterhin gegen die Organisation Escherich vorzugehen. Sollte er es dennoch tun, so würde nicht nur das gesamte Staatsministerium ihn zu Recht und Ordnung rufen müssen, es würde auch für die Organisation Escherich in Preußen selbstverständlich nicht der geringste Grund vorliegen, einem solchen gesetzwidrigen Willkürakt für sich Folge zu geben.

Die Deutschnationalen und die Breslauer Ausschreitungen

Von deutschnationaler Seite wird uns geschrieben:

Noch um einige Noten schärfer, als es in dem zusammengedrängten Reichstagsberichte zum Ausdruck kommt, hat der Außenminister versucht, **die Schuld an den Breslauer Ausschreitungen den Deutschnationalen an die Rockschöße zu hängen.** Wir müssen von Dr. Simons die **Beweise** für diese unerhörte Unterstellung **fordern** und, falls der Herr Außenminister diese Beweise schuldig bleiben sollte, seine vom Regierungstische ausgesprochenen Anwürfe als eine eines Ministers und leitenden Staatsmanns unwürdige Leichtfertigkeit bezeichnen. Wir haben unmittelbar nach der Breslauer Ausschreitung an Ort und Stelle genaue Erkundigungen eingezogen. Dabei hat sich herausgestellt, daß die Ausschreitungen von Flüchtlingen aus Oberschlesien, die infolge der mangelhaften behördlichen Fürsorge zahlreich nach Breslau zusammengeströmt waren, ausgegangen sind. Diese bedauernswerten Leute, die soeben alle Schrecken des blutigen Polenaufstandes und die perfide Rolle, welche die Franzosen dabei gespielt hatten, erlebt hatten, haben sich von ihrer Erregung hinreißen lassen und dabei die Folgen ihres Tuns nicht bedacht. Es war eine Tat der erregten Straße, an der Flüchtlinge aller Stände, vorwiegend jüngere Arbeiter teilgenommen haben, und für die keine politische Partei die Schuld trägt. Es ist sofort der Verdacht ausgesprochen worden, daß polnische Aufhetzungsagenten an dem Vorfall beteiligt gewesen seien, und wenn sich dafür unseres Wissens auch nachträglich kein strikter Beweis hat führen lassen, so blieb doch die Wahrscheinlichkeit bestehen. Von deutschnationaler Seite ist am selben Tage noch die schärfste Mißbilligung des Vorkommnisses ausgesprochen worden. Wir haben unter dem frischen Eindruck des Ereignisses in Breslau politische Führer der verschiedensten Richtungen, auch der äußersten Linken gesprochen. Niemandem ist eingefallen, eine gegnerische Partei für diese Aufwallung der Straße verantwortlich zu machen. Das war erst viele Wochen später dem Herrn Außenminister vorbehalten, von dem nun verlangt werden muß, daß er seine angeblichen Beweise für seine sonst unqualifizierbare Behauptung beibringt.

Alt- und Neupensionäre

Durch das preußische Beamten-Altruhegehaltgesetz vom 7. Mai 1920 werden zwei Klassen von Staatspensionären geschaffen: Altpensionäre und Neupensionäre. Neupensionäre sind diejenigen Beamten, die vom 1. April 1919 ab in den Ruhestand versetzt sind, Altpensionäre diejenigen, die vor diesem Zeitpunkt pensioniert wurden. Die Neupensionäre erhalten die volle Pension, wie sie sich unter Zugrundelegung der erhöhten Einkommensbezüge nach dem neuen Beamtendiensteinkommensgesetz, ebenfalls vom 7. Mai 1920, ergibt, die Altpensionäre dagegen nur die Hälfte des Unterschiedes zwischen ihrer bisherigen Pension und derjenigen, die sie erhalten würden, wenn sie den Neupensionären gleichgestellt wären. Die Altpensionäre sind also um 25 Prozent in ihren Bezügen gegen die Neupensionäre zurückgesetzt. Zu den Neupensionären zählen, obwohl das neue Beamtendiensteinkommengesetz erst vom 1. April 1920 ab in Kraft getreten ist, wie schon gesagt, auch diejenigen Beamten, die schon vom 1. April 1919 ab pensioniert wurden. Die Regierung führt diese Anomalie an, daß in den ersten Monaten des Jahres 1919 und in dessen weiterem Verlauf in verschiedenen Verwaltungen darauf hingewirkt wurde, daß die alten Beamten, insbesondere solche, die das 65. Lebensjahr überschritten hatten, ihre Zurruhesetzung beantragen möchten, um den inzwischen aus dem Felde heimgekehrten Anwärtern Stellen freizumachen und die durch die Kriegsverhältnisse überalterte Beamtenschaft zu verjüngen. Um nun die zu diesem Antrage freiwillig sich entschließenden Beamten nicht schlechter zu stellen als diejenigen, die sich zu dem Antrage nicht entschließen, sondern die neue Besoldungsordnung abwarten wollten, wurde als Grenze der Neupensionierung allgemein der 1. April 1919 angenommen. Ueberdies entspreche diese Regelung einem Beschlusse der Landesversammlung vom 2. Oktober 1919.

Gegen diese Scheidung in zwei Klassen sind die Pensionäre durch ihre Organisation, den Zentralverband deutscher Ruhestandsbeamten und Hinterbliebenen, bei Regierung und Landesversammlung in entschiedener Weise vorstellig geworden, weil dieselbe weder der Billigkeit, noch der Rechtslage entspricht.

Gegen die Billigkeit widerstreitet sie, weil alle Pensionäre, gleichviel zu welchem Zeitpunkt sie in den Ruhestand getreten sind, dem Staate genau dasselbe geleistet haben, nämlich ihre abgeschlossene Lebensarbeit. Jeder Beamte hat die ihm gestellte Aufgabe in seinem Amtskreise erfüllt und ist dann nach eingetretener Dienstunfähigkeit in den Ruhestand übergetreten. Man kann in keiner Weise sagen, daß die Lebensarbeit der einen in bezug auf den erdienten Ruhestand anders zu bewerten sei als die der anderen, und die Zufälligkeit des Zeitpunktes der Pensionierung, die wiederum von der Zufälligkeit des Eintritts der Dienstunfähigkeit abhängt, sowie die Zufälligkeit des Erlasses einer neuen Besoldungsordnung können in keiner Weise einen Unterschied rechtfertigen. Gleiche Leistungen aber verlangen gleiche Gegenleistungen.

Aber auch gegen die Rechtslage verstößt die Regelung. Die Regierung hat sich zur Begründung auf den Standpunkt gestellt, daß das Beamtenverhältnis zum Staat mit der Pensionierung erloschen und der Pensionär fortan nur noch auf die freiwillige Hilfe des Staates angewiesen sei. Auch sei eine weitere Erhöhung der Bezüge der Altpensionäre für die zeitige Finanzlage des Staates unerträglich. Der Rechtsstandpunkt ist falsch. In Literatur und Judikatur wird übereinstimmend die Rechtsauffassung vertreten, daß das Gehalt des Beamten kein Gegenwert, keine Bezahlung für geleistete Dienste, sondern eine dem Beamten seitens des Staates gewährte Rente zum standesgemäßen Unterhalt ist. So die hervorragenden Staatsrechtslehrer Schulze, Zöpfl, Zachariae und das Reichsgericht hat wiederholt (Bd. 38, S. 320, Bd. 45, S. 244, Bd. 48, S. 2) diese Rechtsauffassung seinen Entscheidungen zugrunde gelegt. Auch das Oberverwaltungsgericht hat sich (Bd. 12, S. 45) dieser Auffassung angeschlossen.

Ist aber das Gehalt des Beamten keine Bezahlung für geleistete Dienste, sondern eine Unterhaltungsrente, so kann sie mit dem Aufhören der Dienste infolge von Dienstunfähigkeit nicht erlöschen, sondern muß bis ans Lebensende fortgewährt werden, zumal die Beamten bekanntlich lebenslänglich angestellt sind und nach der Pensionierung nicht ohne Unterhalt bleiben können. Demgemäß wird auch tatsächlich die Rente sowohl während der aktiven Dienstzeit (in Form des Gehaltes), als auch während der Ruhestandszeit

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192011021-19/fragment/page=0001
DFG

(in Form der Pension) gezahlt, und die Pension ist im Grunde genommen nichts anderes als eine fortgesetzte, wenn auch den veränderten Lebensansprüchen entsprechend niedriger bemessene Gehaltszahlung. Veränderungen des aktiven Gehaltes müssen deshalb naturgemäß auch auf die Pensionsgestaltung zurückwirken. Eine Gehaltserhöhung wird nicht vorgenommen, weil die Dienste bisher zu gering bewertet gewesen waren, oder weil eine Mehrleistung an Dienst oder an Arbeitszeit verlangt werden muß oder dergleichen, sondern lediglich deshalb, weil die Rente infolge der gestiegenen Wirtschaftslage zum standesgemäßen Unterhalt nicht mehr ausreicht. Und dieser Grund trifft natürlich die Pensionäre in gleicher Weise wie die aktiven Beamten. die Pensionäre um so mehr, als sie ohnehin nur einen Bruchteil ihres früheren Gehaltes als Pension beziehen und, nebenbei bemerkt, auch die mannigfachen sonstigen geldlichen Vorteile der aktiven Beamten, z. B. Vergütung aus Nebenämtern, Ersparnisse aus Tagegeldern und Reisekosten, Remunerationen und dergleichen verloren haben. Was den finanziellen Standpunkt der Regierung zu der Frage anlangt, so ist darauf hinzuweisen, daß ein Rechtsanspruch niemals durch finanzielle Bedenken beseitigt werden kann. Außerdem wäre die Mehrausgabe für die Besserstellung der Altpensionäre im Verhältnis zu der mehrfachen Milliardenaufwendung für die Einkommensverbesserungen überhaupt so gering, daß sie für die Staatsfinanzen kaum merklich ins Gewicht fallen kann. wobei man berücksichtigen muß, daß die Reihen der alten Pensionäre von Jahr zu Jahr durch Abgang von Todeswegen, zumal bei den immer noch andauernden schlechten Ernährungszuständen, immer mehr gelichtet werden.

Mecklenburg-Strelitz hat durch Gesetz vom 11. August 1919 eine neue Besoldungsordnung eingeführt und gleichzeitig bestimmt, daß die bereits im Ruhestand lebenden Beamten von diesen Erhöhungen diejenigen Sätze erhalten sollen, die ihnen zustehen würden, wenn sie die neuen Gehälter noch im Amte erlebt hätten. Dasselbe haben die Stadtverwaltungen in Köln am Rhein und Berlin-Wilmersdorf beschlossen.

Alle diese Gründe und Tatsachen sind der Regierung gegenüber mit Unterstützung des Deutschen Beamtenbundes nachdrücklichst geltend gemacht worden mit dem Antrage, die Zweiteilung der Pensionäre aufzuheben und nur eine Klasse unter Zugrundelegung der neuen Besoldungsordnung zu schaffen. Bisher vergeblich. Aus Anlaß der im Gange befindlichen Revision des Altruhegehaltsgesetzes ist eine erneute eingehende Vorstellung erhoben worden. Die Hoffnung der Pensionäre ist aber neuerdings dadurch erschüttert, daß im Reichstage ein Gesetz eingebracht ist, nach dem die oben erörterte Zweiteilung auch für die Reichspensionäre eingeführt werden soll.

Die Erregung und Erbitterung unter den Pensionären ist aufs höchste gestiegen. Denn was soll man dazu sagen, daß die Regierung unter Hintansetzung aller Billigkeitsgründe selbst die Rechtssprüche der obersten Gerichtshöfe (Reichsgericht und Oberverwaltungsgericht) unbeachtet läßt und sich ihren eigenen Rechtsweg bildet, um die Forderung der Pensionäre, zweifellos eines der ärmsten und bedürftigsten Volksteile, und eines Volksteiles, dem die modernen Kampfmittel des Streiks und Boykotts fehlen, abzuweisen. Freilich haben sich im neuen Freiheitsstaate manche tiefgehende soziale Umwälzungen vollzogen und Ueberraschungen merkwürdiger Art gebracht, aber ein Rechtsstaat ist doch auch der neue Staat geblieben, in dem jedem sein Recht werden muß. Das suum cuique sollte im neuen Freiheitsstaate mehr gelten denn je.

Sollte auch der letzte Appell der Pensionäre wirkungslos verhallen, so bliebe ihnen nichts übrig, als den Klageweg zu beschreiten. Diesem Wege würden auch die neuen Altruhegehaltsgesetze nicht entgegenstehen, denn die wohlerworbenen Rechte der Beamten sind in der neuen Reichsverfassung, Artikel 129, von neuem verbrieft und verankert, könnten ihnen also nur im Wege einer Verfassungsänderung entzogen oder geschmälert werden. Traurig aber wäre es, wenn die alten Beamten, die nicht wie andere Berufsstände durch eigene Preisbildung der Teuerung folgen können, sondern auf ihre karge Pension angewiesen sind, ihren alten Arbeitgeber, dem sie bis zur Grenze ihrer Arbeitsfähigkeit treu gedient haben, erst verklagen müßten, um zu ihrem Recht zu gelangen.

Erzberger und das Zentrum

w. **Berlin**, 1. November.

Unter starker Beteiligung aus allen Teilen des Reiches trat gestern in Berlin der Reichsausschuß der deutschen Zentrumspartei zusammen, um neben wichtigen Fragen der inneren und äußeren Politik auch Organisationsfragen zu behandeln. Unter anderem wurde, der „Germania" zufolge, auch die Angelegenheit Erzberger erörtert. Die Verhandlungen führten hier zu einem allseitig befriedigenden Ergebnis. Erzberger gab aus freier Entschließung die Erklärung ab, daß er sich bis auf weiteres an den Reichstagsverhandlungen und an den Verhandlungen in der Fraktion nicht beteiligen werde. Heute wurden die Beratungen des Reichsausschusses fortgesetzt.

Die Kohlensozialisierung abgelehnt

w. **Berlin**, 1. November.

Der Nationalverband deutscher Gewerkschaften faßte einstimmig einen Beschluß, der die Sozialisierung des Kohlenbergbaues ablehnt, da nicht zu erwarten wäre, daß durch sie eine Steigerung der Produktion und eine Herabsetzung der Kohlenpreise erreicht werden könne, vielmehr das Gegenteil zu befürchten sei.

*

Unter Beteiligung von mehreren hundert Abgesandten begann am Sonntag im Tiergartenhof zu Berlin der Nationalverband Deutscher Gewerkschaften — die sog. gelben Gewerkschaften — seine erste Reichstagung, die teilweise recht bemerkenswert verlief. Den Vorsitz hatte der Leiter des jetzt 150 000 Mitglieder zählenden Nationalverbandes R.-Abg. F. Geisler, der eine Reihe von Ehrengästen begrüßte. Das Reichsarbeitsministerium habe es jedoch nicht für nötig gehalten, einen Vertreter zu entsenden. (Pfuirufe.) Der Nationalverband sei eben dort nur theoretisch und nicht praktisch anerkannt. (Ruf: Unerhört.) Das Ministerium sollte doch wenigstens über unsere Bewegung sich informieren! Diese Handlungsweise ist ein offener Skandal. (Lebh. Zustimmung.) Wir werden noch Gelegenheit haben (Ruf: Die Herren runter zu holen!). darüber zu sprechen! — Der Reichsbürgerrat (Staatsminister von Loebell) hatte ein Schreiben gesandt. Für die deutschnationale Beamtenschaft sprach Gewerberat Ermlich: In den Grundzügen unseres Programms stimmen wir überein. Wir hoffen auf eine geschlossene Kampffront. — Vom R.-Abg. Grafen Westarp war eine Begrüßung eingegangen. Der Vorsitzende der Deutschen Vereinigung, Graf Hoensbroech, begrüßte in längeren Ausführungen die Tagung. Die Rückkehr zum nationalen Gedanken sei notwendig. Der Vertreter der Deutschen Volkspartei Pfarrer Dr. Luther bezeichnete es ebenfalls als erstes Erfordernis, mit dem Irrsinn des Internationalismus zu brechen. Vertreter der Deutschnationalen Volkspartei R.-Abg. Landwirt Schimmelpfennig: Gerade wir auf dem Lande empfinden es als Wahnsinn, das Volk in Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu teilen und eine tiefe Kluft dazwischen zu legen. Die wahre Einteilung wäre vielmehr in Raffer und Schaffer. (Stürm. Beifall.)

Ein kommunistisch-russischer Seuchenherd in Hameln

In dem Gefangenenlager Hameln sind 7200 Bolschewisten mit 93 Kommissaren untergebracht, die nur von rund 100 Mann Wachmannschaft und zwar meist Arbeitslosen bewacht werden. Und diese Wachmannschaft hat sogar die Anweisung, auf keinen zu schießen. In dem Lager sind Fleckfieber und andere ansteckende Seuchen ausgebrochen, und doch ziehen Haufen von entwichenen Bolschewisten in den Dörfern der Kreise Hameln und Springe umher, sodaß die Kreisbehörden dieser Kreise schon wiederholt auf die Schwere dieser Gefahr aufmerksam gemacht haben.

Zu dieser Gefahr der Krankheitsverseuchung von Stadt und Land in der weiteren Umgebung des Lagers tritt insbesondere für die Stadt Hameln eine andere Gefahr: Es wurde am 29. September in dem Lager ein in russischer Sprache gegebener Aufruf verbreitet, der von dem „Zentral-Komitee der deutschen kommunistischen Partei" und dem „Zentral-Komitee der russischen Sektion bei der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund)" unterzeichnet ist und in dem es heißt:

„Die Front der Weltrevolution ist fertig. Aber die Arbeiter Europas kennen, sehen die Gefahr und bereiten sich vor, die kapitalistischen Banditen abzuwehren. Die deutschen Arbeiter aber gehen zur Offensive über! Sie bereiten sich zum Kampfe vor! Sie halten Transporte an. Sie fangen an, politische Arbeiterräte zu wählen. Sie stehen fertig zum Kampfe.

Man nimmt Euch die Gewehre ab. Aber in dem Augenblick, wo die deutschen Proletarier sie Euch wieder in die Hand geben, müßt Ihr von ihnen Gebrauch machen.

Ihr habt für die Revolution gekämpft, Ihr müßt auch hier für die Revolution kämpfen!"

Es besteht damit der Nachweis, daß unsere kommunistischen Unruhelemente in naher Fühlung stehen mit den Bolschewisten des Gefangenenlagers in Hameln.

Dieser die Sicherheit unserer Bevölkerung bedrohende Verkehr wird von der preußischen Regierung scheinbar nicht genügend gewürdigt; denn der preußische Minister für Volkswohlfahrt hat am 30. September unter I M III 2194 einen Erlaß an den Regierungspräsidenten in Hannover gerichtet, der den Satz enthält: „Da den Internierten der Verkehr mit der die Läger umwohnenden Zivilbevölkerung freisteht, haben die Kreisärzte ihr besonderes Augenmerk auf diese Bevölkerung zu richten, damit die etwa vorkommenden Krankheitsübertragungen rechtzeitig erkannt und die erforderlichen Bekämpfungsmaßnahmen alsbald getroffen werden."

Das Bolschewistenlager Hameln ist also unzureichend bewacht und ist ein gefährlicher Seuchenherd, der von den zuständigen preußischen Behörden geradezu verkannt wird, und eine unmittelbare Bedrohung von Stadt und Land.

Unter „unabhängigem Schutz"

w. **München** 31. Oktober.

Der ehemalige Reichswehrsoldat Dobner, der von Münchner Studenten, denen er ein geheimes Waffenlager verraten wollte, übel zugerichtet und darauf durch seine abenteuerliche Erzählung von einem angeblichen auf ihn verübten Mordanschlag die schweren Beschuldigungen der Sozialdemokraten und Unabhängigen gegen die Münchner Polizei veranlaßt hatte, ist gestern abend verhaftet worden. Die Festnahme erfolgte, als Dobner nach Schluß der Verhandlungen des parlamentarischen Untersuchungs-Ausschusses das Landtagsgebäude, wo er von dem unabhängigen Abgeordneten Gareis untergebracht worden war, in Begleitung des unabhängigen Abgeordneten Fischer verlassen wollte. Der belgische Spitzel Frachers wurde im Fraktionszimmer der Unabhängigen ebenfalls verhaftet und zwar auf Veranlassung der Entente-Kommission, in deren Diensten er stand. Der parlamentarische Ausschuß vertagte die weitere Untersuchung der Angelegenheit auf nächsten Mittwoch.

Neue Offensive der Bolschewisten?

w. **Konstantinopel**, 1. November.

Reuter meldet: Die Bolschewisten haben an der ganzen Front die Offensive wieder aufgenommen. Sie haben Bertiane und Alexandrowsk besetzt; die Truppen Wrangels wurden zurückgedrängt.

Der polnische Kampf um Wilna

b. **Wilna**, 1. November.

Nachdem vor einigen Tagen ein litauisches Flugzeug Bomben auf die Stadt abgeworfen hatte, ohne großen Schaden anzurichten, warf am 29. Oktober ein litauischer Flieger wiederum Bomben und Aufrufe auf die Stadt, die im Namen der litauischen Arbeiterschaft unterzeichnet waren, und in denen die Bewohner von Wilna aufgefordert werden, sich für die Kownoer Regierung zu erklären.

Die Wilnaer Frage rief in Litauen eine innerpolitische Krisis hervor. Der litauische Sejm setzte einen ständig tagenden Abgeordnetenrat ein. Außerdem wurde ein „kleines Ministerium", bestehend aus fünf Mitgliedern, gebildet. Es wird offen von Notwendigkeit einer Diktatur gesprochen, es fehlt jedoch an einer geeigneten Persönlichkeit.

Die Anklage wegen Erstürmung des Breslauer Konsulats. Gegen die Stürmer des französischen Konsulats in Breslau ist das Hauptverfahren eröffnet worden. Angeklagt sind 21 Personen, darunter 14 aus dem Arbeiterstande, 4 Schüler und Lehrlinge, 2 Zahntechniker und 1 Reisender, „an der öffentlichen Zusammenrottung einer Menschenmenge, welche mit vereinten Kräften gegen Sachen Gewalttätigkeiten begangen hat, teilgenommen zu haben".

Der Entwurf eines Gesetzes über Oberschlesien ist in der Montagssitzung des Reichsrates dem zuständigen Ausschuß überwiesen worden. Der Gesetzentwurf wird im Laufe dieser oder Anfang nächster Woche fertiggestellt und dem Reichstag zur Beschlußfassung vorgelegt werden.

Keine Fristverlängerung der Frühdruschprämie. Vom Reichsernährungsministerium wird mitgeteilt, daß entgegen anders lautenden Gerüchten eine Verlängerung der Frühdruschprämie über den vorgesehenen Termin hinaus nicht in Aussicht genommen ist.

Anna Nissens Traum

54) **Roman von Margarete Böhme.**

(Nachdruck verboten.)

Es regnete stärker — in Strömen. Es regnete ununterbrochen den ganzen Tag und die ganze folgende Nacht . . .

Erst am nächsten Tage fanden sie Mariannens Leiche in der Moorkuhle. Die schwarzen Zöpfe trieben auf der Oberfläche des Wassers.

Der Arzt, der den Totenschein ausstellen sollte, betrachtete kopfschüttelnd die stille, starre Gestalt des Mädchens. Und da die trostlosen Eltern ihm schluchzend erzählten, daß ihre Tochter schon seit dem vorigen Herbst nicht wohl gewesen sei und an Schwermutsanwandlungen gelitten habe, stellte er ohne weitere Fragen als Todesursache „Selbstmord in momentaner Geistesgestörtheit" fest. Zu Mariannens Beerdigung strömten zahlreiche Menschen aus den nächsten Dörfern in das abgelegene Heidehaus. Das stille, liebliche Mädchen mit den sanften Augen und der weichen Stimme war allgemein beliebt gewesen; ihr tragisches Ende rief allgemein Trauer und Teilnahme hervor.

Der Sarg war in der Loodiele aufgebahrt. Nachdem der Pastor eine kurze ergreifende Predigt gehalten hatte, stellten sich die Schulkinder mit dem Küster in einem Halbkreis um den Sarg, um die Leiche „wegzusingen".

„Begrabt den Leib in seiner Gruft . . ." sangen die Kinder; aber je weiter das Lied vorschritt, desto unsicherer und undeutlicher wurden die Stimmen. Chor und Solo wechselten ab, beide erstickten in Tränen:

„Du Tote Gottes, schlummer' in Ruh,
Wir gehn nach unsern Hütten zu
Und machen zu der Ewigkeit
Mit Freud und Zittern uns bereit . . ."

Und die Solostimme:

„Ja, lasset mich in meiner Ruh
Und geht nach euern Hütten zu;
Schafft, daß ihr selig werdet, ringt,
Bis ihr euch auch der Erd' entschwingt . . ."

Kaum ein Wort war mehr zu verstehen, und als der Küster den Schlußvers anstimmte, wurde das Weinen so laut, daß an ein Weitersingen nicht mehr zu denken war.

Als der Leichenzug über die Heide ging, brach die Sonne durch. Erste goldene Frühjahrssonne schien auf Mariannens letzten Erdengang und warf ihren warmen Abglanz auf die braune Heide, deren Kind man zur Ruhe führte.

Jens war am Morgen des Beerdigungstages gekommen und reiste am anderen Tage wieder nach Kiel zurück.

Mariannens Tod hatte ihn tief ergriffen. Er konnte nicht darüber hinauskommen. Wie er sie am letzten Abend in ihrem Sarg liegen sah, war es ihm, als ruhe hinter den festgeschlossenen weißen Lippen der Toten ein Geheimnis, das sie mit ins Grab nahm. Für ihn hatte die amtlich festgestellte Todesursache keinen Wert; er glaubte nicht an die momentane Geistesgestörtheit seiner Schwester, mit der er erst vor wenigen Monaten wochenlang zusammen gewesen war. Zwar eine wunderliche Gedrücktheit, ein sonderbares Verstörtsein hatte er wohl an ihr wahrgenommen; daß aber diese Gemütsverstimmung ohne jede Ursache zu einem so tragischen Ende führen sollte, wollte ihm nicht einleuchten. Woher rührte denn diese plötzliche Melancholie? Sie hatte doch früher nicht dazu geneigt. Sie war so gern fröhlich gewesen, und ihr unschuldiger, einfältiger Kindersinn, ihre Liebe zur Natur und eine glückliche Veranlagung, alles Schöne, Lichte aufzufassen und zu ergreifen, hatte in den unbedeutendsten Erscheinungen oft Quellen reinster Freude gefunden. Deutlich entsann er sich, wie er sie im Sommer eines Morgens ganz aufgelöst in Entzücken vor einem mit Tautropfen wie mit Glasperlen über und über behangenen blühenden Rosenbusch im Garten gefunden hatte. . . Wie ein Kind jauchzte sie vor Freude und konnte nicht fertig werden mit Bewundern —, es war ja auch ein reizender Anblick gewesen. Und nun? Und nun? . . .

Warum nehmen sich denn junge Mädchen das Leben? — Meistens einer unglücklichen Liebe willen! !— Aber das traf hier doch kaum zu; sie war ja kaum mit jungen Männern in Berührung gekommen.

Oder doch?! Er grübelte und grübelte. Wenn er sich recht besann, war seit Samuel Nissens silberner Hochzeit eine Aenderung mit ihrem Wesen vorgegangen. Mit wem war sie denn damals bekannt geworden? Mit Paul Bartels. Richtig. Eine Binde fiel von seinen Augen. Er begann nachzudenken; seine Kombinationen griffen ineinander wie die Ringe einer Kette. Paul Bartels unerwarteterr Besuch, der ihm damals schon überraschend gewesen war, da sie doch sonst gar keinen Verkehr unterhielten, Mariannens Erkundigung nach Pauls Adresse und manche andre Momente, die seinen aufsteigenden Verdacht bestätigten, fielen ihm ein. Kein Zweifel! Die geheimnisvollen Fäden, die sich durch das tragische Ereignis rankten, liefen in Paul Bartels Händen zusammen; bei ihm war des Rätsels Lösung zu suchen.

Paul Bartels! Ja, das war so einer. Dem sah es ähnlich, der brachte es fertig, ein argloses, unerfahrenes, vertrauensseliges Mädchen zu betören, — der — der — dem war solche Schandtat zuzutrauen.

Zorn, Schmerz und Bitterkeit flossen in dem jungen Theologen zusammen zu einem aufflammenden Haß gegen den Schuldigen. Ehe er in Kiel ankam, stand der Entschluß, Mariannens Tod zu rächen, fertig in ihm. Eine seinem sonst so ruhigen, gelassenen Temperament fremde Leidenschaftlichkeit beherrschte seine Empfindungen. Gegen Abend suchte er Paul Bartels in seinem elegant möblierten Quartier auf.

Sie waren beide im Examen, und Paul Bartels schrieb eben an seiner Doktorarbeit, als Jens nach kurzem Anklopfen bei ihm eintrat. Ueberrascht blickte er auf und ging dem unerwarteten Besucher entgegen.

„'n Tag, Jens Lüth! Nett, daß du dich mal sehen läßt . . . „Mensch, wie siehst du aus? Bist du nicht gut . . ." Etwas betroffen trat er zurück, als Jens keine Anstalt machte, die ihm entgegengestreckte Hand zu ergreifen, sondern steif und gerade wie ein Stock vor ihm stehenblieb.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192011021-19/fragment/page=0002

Sitzung der Stadtverordneten

Streik der Magistrats-Hilfsangestellten, der drohende der Arbeiter in den städtischen Betrieben, der Streik im Baugewerbe, der Streik der Angestellten der Fernbahn Merseburg, die Spaltung der U. S.-Stadtverordneten- und die dadurch bedingte Neuwahl eines Vorstehers Stadtparlaments — wahrlich, dunkle Gewitterwolken am wirtschaftlichen und kommunalpolitischen Himmel Stadt heraufgezogen. Diese Wolken zogen am Halleschen Hause, in dem gestern unsere Stadtväter sich wie allzusammengefunden hätten, nicht ganz vorüber. Das ...lich freilich kam nicht zur Entladung. Im Gegenteil, die ...ordnung, die allerdings ursprünglich ganz im Zeichen der Vorlagen" stand, war im Eiltempo erledigt. Nur bei ... demokratischer Seite eingebrachten Dringlichkeits... betr. Sicherstellung der Versorgung mit Winter...offeln für die Hallesche Bevölkerung gab es erregte ...andersetzungen, in deren Verlauf der Demokrat Minner scharfe Worte wider die Landwirte fand, um des weiteren ...einwohnerschaft ganz unverblümt zur „Selbsthilfe" aufzu..., so daß sich Frau Krüger bewogen fühlte, Herrn ... allen Ernstes für die Kommunisten zu „keilen"! Auch ...Streik der Hilfsangestellten des Magistrats kam ...Sprache, ohne daß indessen für die Lösung des Konfliktes ...Beschluß von weittragenderer Bedeutung gefaßt werden ... Der Dringlichkeitsantrag der U. S. P., der den ...strat ersucht, den Forderungen der Angestellten im weite... Maße entgegenzukommen, war wohl mehr Stimmungs- und Agitationsarbeit.

Schließlich noch einige Worte über die „Umgruppierung", die sich als eine logische bzw. taktische Folge ...Spaltung der U. S. P. D. innerhalb der Fraktion unserer ...hängigen Stadtväter ergeben hat. In der Leitung der ... ist bislang noch kein Wechsel eingetreten. Herr ...nig von der „Siebzehner-Fraktion", die nach seinen ... nach wie vor die U. S. P. verkörpert, hat noch immer ...Präsidium inne und wird es einstweilen — zum mindesten ...r nächsten Sitzung — weiterhin führen, denn er bleibt ...alle und übernimmt nicht die Leitung der Erfurter ...hüne", wie anfänglich angenommen wurde. Aber zurück ...„Umgruppierung" der Unabhängigen. Jeder Besucher ...r Stadtverordnetensitzungen weiß, daß die untersten ...selbstverständlich nur räumlich zu verstehen — Plätze die ...heitssozialisten einnehmen. An diese schließen sich jetzt an ...Hilferdinge", die gemäßigten U. S. P.-Genossen, 17 an der ... Und diesen folgen nunmehr, gewissermaßen als die Spitze ...linken, das Häuflein der „zehn Aufrechten", die Neukommu... Ihr Fraktionsführer Osterburg ist einige Bänke ...kommen! Er thront seit gestern auf dem zweiten Platze ...ersten Bank, zu seiner Linken der streitbare Genosse ...ß, zu seiner Rechten die führende Genossin Frau Krüger, ...wahr, ein Lenker der Schlachten! Ihm sei nebenbei hin... seines Lieblingsproblems, der Eigenbewirtschaftung der ...ischen Güter, das er diesmal im Zusammenhang mit der ...ffel-Debatte aufs Trapez brachte, gesagt, daß die Landwirte ihre gesamte Anbaufläche zu einem Viertel mit Kartoffeln ...en, daß von dieser Seite also alles getan wird, um der ...ffelnot zu steuern. Und billiger dürften die städtischen ...ffeln auch schwerlich werden, wie das Osterburgsche Experi... mit den „Flugzeug-Kartoffeln" zur Genüge beweist. #

*

Stadtverordnetenvorsteher Hennig eröffnet die Sitzung ...ngt vor Eintritt in die Tagesordnung eine Entschließung ...Verbandes der hiesigen Kommunalbeamten zur Verlesung, ...r gegen eine von Geheimrat Finger getane Aeußerung, ...Kommunalbeamte zur Bekleidung von besoldeten Stadtrats... nicht geeignet seien, Verwahrung eingelegt wird. — Hier...t Stadtv. Finger aus, daß die Aeußerung, die über... in einer geheimen Sitzung getan worden sei, in der Ent...ung in entstellter Form wiedergegeben und daß er im ...n nach wie vor auf dem von der Mehrheit der Beamten ...tenen Standpunkt stehe, daß die Befähigung für jeden ... durch eine Prüfung erwiesen sein müsse. Auch Stadtverordnetenvorsteher Hennig rügt, daß eine Aeußerung, die in ...geheimen Sitzung gefallen sei, zum Gegenstand einer ...lichen Erörterung gemacht würde. Alsdann macht er Mit... von einer Eingabe des Angestellten-Ausschusses der ...Angestellten beim Magistrat, die sich auf die Streik...gung der städtischen Hilfsangestellten ... Auf Vorschlag des Stadtverordnetenvorstehers wird das ...en dem Stadtv. Grauenhorst zur Prüfung übergeben. ...Entschließung des Hallischen Lehrervereins, die zur bevor...den Wahl des Stadtschulrats Stellung nimmt und von ...bereits zum Abdruck gebracht wurde, wird dem Ausschuß ...Stadtratswahlen überwiesen.

Zur Frage des neuen Stadtverordnetenvorstehers

...hierauf Stadtverordnetenvorsteher Hennig folgende ...führungen: Mit der Spaltung der U. S. P. D. ist auch eine ...ung der Unabhängigen Stadtverordnetenfraktion erfolgt. ...Fraktion besteht jetzt aus zwei Richtungen von 17 bzw. 10 ...liedern. Diese Spaltung hat auch die Frage einer Neuwahl ...Stadtverordnetenvorstehers in den Vordergrund des Inter...gerückt. Es ist bisher immer der Grundsatz befolgt worden, ...die stärkste Fraktion den Vorsitzenden stellt. ...meine Fraktion, die 17 Mitglieder umfaßt und ...U. S. P. bleibt (Zuruf des Stadtv. Bowitzki (U. S. P. ...auch ohne Wähler), hat sich mit dieser Frage befaßt. Die ...gelegenheit konnte indessen noch nicht geklärt werden. Ich ...daher, die Neuwahl eines Stadtverordnetenvorstehers als ...Punkt auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu ...

Stadtv. Osterburg (U. S. P. links): Im Anschluß hieran ...ich darauf aufmerksam, daß unsere Fraktion an Ver...zwar die kleinere, an Wählern aber die stärkere ist. Es ...sich, ob sich jetzt nicht schon eine Neuwahl des ge...ten Stadtparlaments notwendig macht. (Lachen ...der Rechten.)

Stadtverordnetenvorsteher Hennig erklärt, daß die heutige ... über diesen Vorschlag des Stadtv. Osterburg nicht zu be...habe, um des weiteren mitzuteilen, daß das Amt eines ...vorsitzenden der Mehrheitssozialisten Stadtv. Gerig über...men habe.

...Dringlichkeitsanfrage der demokratischen Fraktion, die ...Magistrat ersucht, sofort Schritte zwecks Sicherstellung der ...sorgung mit Winterkartoffeln für die Halle...Bevölkerung zu übernehmen, soll, als Dringlichkeitsantrag ...ziert, am Schluß der öffentlichen Sitzung behandelt werden. Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten. Die Ver...ung stimmt den Vorschlägen der U. S. P. betr. der Neu... verschiedener Deputationen und Ausschüsse, die sich durch das Ableben bzw. durch den Wohnungswechsel des Stadtverordneten Hildebrand sowie der Stadtv. Frau Schmidt und Frau Binner notwendig macht, zu.

Kleine Vorlagen.

Zur Ausführung der Bauarbeiten im Grundstück Böllbergerweg 55 zu Wohnzwecken macht sich eine Nachbewilligung von 10 000 Mark erforderlich, die bewilligt werden.

Zwecks Beschaffung von Heizmaterial für Minderbemittelte wird beschlossen, Kriegshinterbliebenen mit eigenem Hausstande im Bedürftigkeitsfalle eine Kohlenbeihilfe von 100 Mark aus Kriegswohlfahrtpflegemitteln zu bewilligen, sowie erwerbsunfähigen bezw. in ihrer Erwerbsfähigkeit beschränkten Kriegsbeschädigten aus den Beständen der Ortskohlenstelle 10 Zentner geschnittenes Holz zum Preise von 5 Mk. für den Zentner zu verabfolgen. Ein Antrag der Frau Stadtv. Mampel (Deutschnat.), diese Vergünstigungen auch auf Altpensionäre und Zivilinvalide auszudehnen, wird dem Haushaltsausschuß zur Vorberatung überwiesen.

Die Magistratsvorlage, die Zinsen für die Pfänder des städtischen Leihamtes zu erhöhen, wird abgelehnt.

Dem Ankauf zweier Landflächen in der Triftstraße und Mozartstraße im Größe von 8 Quadratmeter zum Preise von 15 Mark pro Quadratmeter, sowie der Bereitstellung der hierzu erforderlichen Mittel aus der aufzunehmenden Anleihe wird zugestimmt. Desgleichen werden zur Instandsetzung des Auladaches der Martinschule 16 600 Mark bewilligt. — Zur Instandsetzung der Heizanlagen in den Schulen und städtischen Büroräumen sind 70 000 Mark erforderlich, während für die Herstellung elektrischer Lichtanlagen in einer Reihe hiesiger Schulen 26 575 Mark nachbewilligt werden. Des weiteren wird dem Antrage auf Umänderung der Heizungsanlagen in den städtischen Schulen, die insgesamt 310 000 Mark erfordert. Zustimmung erteilt, in der Weise, daß in diesem Jahre zunächst 20 000 Mark vorschußweise für diese Zwecke bereitgestellt werden.

Weitere Nachbewilligungen

werden genehmigt für die Einrichtung des Grundstücks Salzgrafenstraße 2, für Büroräume des Städtischen Arbeitsamtes in Höhe von 5000 Mark. Es waren hierfür ursprünglich 15 000 Mark vorgesehen. — Der Umbau des Grundstückes Ritterstraße 17 erfordert eine Mehrausgabe von 25 500 Mark. — Zur Durchführung von Konzertveranstaltungen im Zoologischen Garten werden 20 000 Mark angefordert, während sich bei der Rechnung des Zoologischen Gartens für 1920 Ueberschreitungen in Höhe von insgesamt 19 985 Mark ergeben haben. Ebenso sind bei den Umbauarbeiten in Bad Wittekind sowie für die Einrichtung des Saales und der Bühne für Theaterzwecke Ueberschreitungen von zusammen 88 667 Mark zu verzeichnen. Die Versammlung genehmigt alle diese Nachbewilligungen.

Der Antrag des Magistrats, dem Wohlfahrts- und Schulvereine für Nordschleswig in Flensburg eine einmalige Beihilfe von 300 Mark aus dem Allgemeinen Dispositionsfonds zu gewähren, wird gegen die Stimmen der gesamten U. S. P. — Herr Osterburg hält derartige „Nationalitäten" für nicht angebracht — angenommen. Hierauf kommt eine Reihe von Beschwerden und Gesuchen, u. a. ein Gesuch der sozialistischen Proletarierjugend um Ueberlassung der ehemaligen Kinderbewahranstalt Kl. Klausstraße als Jugendheim, zur Verhandlung. Die Gesuche werden fast ausnahmslos abgelehnt.

Außerhalb der Tagesordnung gibt Stadtverordnetenvorsteher Hennig bekannt, daß das Amt eines unbesoldeten Stadtrats der mehrheitssozialistischen Fraktion an Stelle des zum besoldeten Stadtrat ernannten Herrn Dölz, dem Stadtv. Wilke übertragen worden ist.

Ueber den Streik der Magistrats-Hilfsangestellten

erstattet der mit der Prüfung des Magistrats beauftragte Stadtv. Grauenhorst (Mehrheitssoz.) Bericht. Die Forderungen der Hilfsangestellten laufen im wesentlichen auf eine Stundung der zurückzuerstattenden Vorschüsse bis zum nächsten Jahre, sowie auf die Gewährung einiger Zulagen, die wir bereits in der gestrigen Abend-Ausgabe anführten, hinaus. Da sich die Versammlung nicht für zuständig hält, in der Angelegenheit eine Entscheidung zu treffen, wird sie auf Vorschlag des Stadtv. Bretschneider (b. k. Fr.) dem Sozialen Ausschuß überwiesen.

Eine Kartoffel-Debatte

Stadtv. Minner (Dem.) bringt den Antrag ein, die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, in der Kartoffelversorgung der Stadt schleunigst Maßnahmen zur Eindeckung mit Winterkartoffeln zu treffen. Stadtv.-Vorst. Hennig erteilt darauf dem Antragsteller das Wort. Dieser führt aus, daß trotz der reichen Ernte in Halle die Kartoffelnot sehr groß sei. Im öffentlichen Verkauf gibt es nur schlechtes Material. Der Höchstpreis von 25 Mark wird nicht eingehalten, sondern Beträge bis zu 40 Mark werden gezahlt. Er erhebt Protest gegen die Vergewaltigung der Stadt durch das Land. Die Landwirte haben die Geduld der städtischen Bevölkerung bereits auf eine harte Probe gestellt und dürfen sich nicht wundern, wenn sich diese Erbitterung in irgendeiner Form einmal Luft mache.

Stadtv. Gelhaar (U. S. P.) betont, daß die Kartoffelfrage im Grunde genommen eine politische Frage sei. Die Aufhebung der Zwangswirtschaft ist an der Schwierigkeit der Kartoffelbeschaffung schuld. Die Stadt hat seinerzeit 100 000 Zentner der sogenannten Vertragskartoffeln zum Preise von 31,75 Mark pro Zentner aufgekauft, die aber, wenn man alle Unkosten hinzuzieht, nicht unter 36 Mark abgegeben werden können und im übrigen nur für den Fall der höchsten Not zur Ausgabe gelangen sollen. Wenn der Ernährungsdeputation jetzt Vorwürfe gemacht werden, daß sie zu diesem hohen Preise den Vertrag abgeschlossen habe, so muß man bedenken, daß das Risiko sehr groß war, denn man konnte damals nicht wissen, wie der Preis sich später gestalten würde. Von diesen Kartoffeln sind bis jetzt 30 000 Zentner herangekommen, die aber bereits teilweise anfangen, schlecht zu werden. Die Kartoffeln, die eine Ueberwinterung nicht aushalten würden, werden bereits jetzt abgestoßen. Vielleicht ist es möglich, daß der Staat von der Reichsreserve noch einige Zentner der Stadt überlassen wird.

Stadtv. Steinbrück (Deutschnat.): Wenn hier ein Vorwurf erhoben wird, so muß man den Arbeitern vorhalten, daß sie seinerzeit durch Sabotage der Transporte eine regelmäßige Kartoffelbelieferung verhindert haben. Außerdem ist bis vor kurzem dem einzelnen die Möglichkeit zum Einkauf von Kartoffeln direkt beim Landwirt zu dem Preise von 27 Mark geboten gewesen. Viele Leute aber waren der Meinung, daß trotz der Aufhebung der Zwangswirtschaft die Stadt weiter verpflichtet wäre, die Bürger mit Kartoffeln zu versorgen. Die Zwangsbewirtschaftung für Kartoffeln sollte ja überhaupt nur dann aufgehoben werden, wenn die Landwirte sich verpflichteten, 6 Millionen Tonnen Kartoffeln den Städten zur Verfügung zu stellen. Auf die dahingehenden Angebote der Landwirte sind die Städte indessen nur zögernd eingegangen, indem sie insgesamt nur 1 Million Tonnen bestellten. Wir selbst haben in der Ernährungskommission es uns reiflich überlegt, ob wir die auf Halle entfallenden 300 000 Zentner nehmen sollten und haben dann auch nur 100 000 Zentner, und zwar als Notreserve, mit Rücksicht auf eine eventuelle Senkung der Preise bestellt. Den Landwirten trifft hinsichtlich der hohen Kartoffelpreise keine Schuld. Der Preis von 25 M. pro Zentner ist vom sozialdemokratischen Reichsernährungsminister Schmidt auf Grund der sog. Index-Kommission festgesetzt worden.

Stadtv. Osterburg (U. S. P. links): Hier ist eine Gelegenheit gegeben, die Güter zu sozialisieren. Flugplatzkartoffeln sind seinerzeit bis zu 20 Prozent billiger verkauft worden. Wenn aber der Preis trotzdem höher als der veranschlagte gewesen ist, so ist daran eine Mehrausgabe von 120 000 Mark für Gerätebeschaffung und Gespanne schuld. Stadtv. Kürbs (U. S. P. rechts) betont, daß an der Kartoffelnot die Aufhebung der Zwangswirtschaft schuld sei.

Stadtv. Minner (Dem.) weist darauf hin, daß die von Stadtv. Osterburg befürwortete Sozialisierung der städtischen Güter bisher nicht gerade sehr ermutigende Resultate erzielt habe. Darauf wendet er sich noch einmal gegen die Landwirte, die die Kartoffeln, um höhere Preise zu erzielen, zurückhielten. Er warnt die Landwirtschaft in letzter Minute, nicht eine Preispolitik zu treiben, die ihr zum Verhängnis werden muß. — Stadtv. Dürrfeld (M. S. P.) spricht sich in ähnlichem Sinne aus und gibt den Arbeitern den Rat, selbst aufs Land zu gehen und sich Kartoffeln zu besorgen.

Darauf wird die Aussprache geschlossen und der Antrag Minner mit Stimmenmehrheit angenommen.

Stadtv. Günther und Genossen (U. S. P. links) stellen den dringenden Antrag, die Stadtverordnetenversammlung wolle den Magistrat ersuchen, in der Angelegenheit der Gehaltsregelung der städtischen Hilfsangestellten den Angestellten in weitgehendstem Maße entgegenzukommen.

Stadtv. Günther (U. S. P.) begründet den Antrag damit, daß die Angestellten seit Juni zwecks Gehaltsaufbesserung mit dem Magistrat in Verhandlung stehen, diese Verhandlungen aber zu keinem Abschluß gekommen sind. Die Angestellten sind heute früh in den Streik getreten, da ihnen kein anderes Mittel blieb, ihre Forderungen durchzusetzen.

Bürgermeister Seydel: Die Gehaltsaufbesserung erfordert eine Summe von 1,5 Millionen Mark, für die aber keine Deckung vorhanden ist. Der Vorschlag des Magistrats, die Gehälter um 10 Prozent zu erhöhen, sowie eine Teuerungszulage von 40 Mark und eine Kinderzulage von 20 Mark zu bewilligen, ist von den Angestellten abgelehnt worden. Diese Gehaltserhöhung bedarf einer Deckung, die durch Erhöhung der Realsteuern beschafft werden muß. Dies ist auch als Bedingung den Angestellten gegenüber ausgedrückt worden.

Stadtv. Kürbs (U. S. P. rechts): Die Deckungsfrage spielt gar keine Rolle. Das Reich fragt auch nicht nach Deckung und treibt eine Bankerott-Politik. Auch wir dürfen nicht nach Deckung fragen, sondern müssen darauf bedacht sein, die Not der Angestellten zu lindern.

Bürgermeister Seydel: Eine derart unverantwortliche Finanzpolitik kann ich nicht mitmachen.

Stadtv. Müller (M. S. P.): Die Debatte ist unfruchtbar, denn positive Vorschläge können sowieso nicht gemacht werden. Ich beantrage Schluß der Debatte.

Der Antrag Müller wird mit 31 bürgerlichen Stimmen gegen 25 Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Der Antrag Günther, der Magistrat möge den Forderungen der städtischen Angestellten soweit wie möglich entgegenkommen, wird mit großer Mehrheit angenommen. — Hierauf nichtöffentliche Sitzung.

Halle und Umgebung

Halle, 2. November

Direktor Tiersch geht nach Magdeburg

Die Stadtverordneten beschäftigten sich gestern in nichtöffentlicher Sitzung mit dem Pensionierungsgesuch des Direktors der städtischen Handwerker- und Kunstgewerbeschule, Tiersch. Direktor Tiersch, der seinerzeit die Dekorationen für die „Meistersinger"-Aufführung im hiesigen Stadtparlament entworfen hat, hat einen Ruf als Stadtbaurat nach Magdeburg erhalten. Die Stadtverordneten beschlossen, das Gesuch unter Gewährung einer pensionsfähigen Amtszulage von jährlich 15 000 Mark zu genehmigen. Direktor Tiersch wird sein neues Amt am 1. Januar 1921 antreten.

Bei dieser Gelegenheit kam zur Sprache, daß für das Rechnungsjahr 1921 in den Haushaltsplan für die städtische Handwerker- und Kunstgewerbeschule ein Posten von etwa 50 000 Mark eingesetzt werden müsse.

— **Abänderungsverordnung zum Gewerbegerichtsgesetz und dem Gesetz betr. Kaufmannsgerichte.** Vom Reichsarbeitsministerium wird mitgeteilt: Unter dem 29. Oktober hat die Reichsregierung die bereits angekündigte Abänderungsverordnung zum Gewerbegerichtsgesetz und Gesetz betr. Kaufmannsgerichte erlassen. Die Zuständigkeitsgrenze der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte wird durch diese Verordnung auf einen Jahresarbeitsverdienst von 30 000 Mark heraufgesetzt und die Amtsdauer der bisherigen Beisitzer bis längstens 31. März 1921 ausgedehnt. Die Amtsdauer der Groß-Berliner Gewerbe- und Kaufmannsgerichte ist mit Rücksicht auf die Schaffung der Einheitsgemeinde bis längstens 30. Juni 1921 verlängert. Die Verordnung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft. Die Neuwahlen der Beisitzer sind nunmehr, soweit sie nicht schon durchgeführt wurden, unter Berücksichtigung der eingetretenen Aenderung fortzusetzen.

— **Kränze auf deutschen Kriegsgräbern am Totensonntag.** Auf eine nach Frankreich gerichtete Anfrage hat das zuständige französische Ministerium sich damit einverstanden erklärt, daß der „Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, e. V." im Auftrage der Angehörigen die deutschen Kriegsgräber in Frankreich mit Kränzen schmückt. Der Volksbund hat die Möglichkeit, am Totensonntag zunächst auf folgenden Friedhöfen Kränze niederlegen zu lassen: Awoingt bei Cambrai (1 Kranz 20,— Francs); Baâlon bei Stenay (5 Fr.); Bernes bei Roisel (5 Fr.); Billy Montigny bei Lens (10 Fr.); Bouchain bei Valenciennes (15 bis 25 Fr.); Bourgogne bei Reims (6 bis 8 Fr.); Bousbecque bei Menin (1 Fr.); Cambrai (25 Fr.); Clary bei Le Cateau (5 Fr.); Crecy sur Serre bei Laon (5 Fr.); Dourges bei Béthune (15 Fr.); Ecourt St. Quentin bei Douai (5 Fr.); Flavigny le petit bei Guise (15 bis 20 Fr.); Golbey bei Epinal (8 Fr.); Halluin bei Menin (7 Fr.); Lille (16 Fr.); St. Michel bei Hirson (20 Fr.); Stenay (5 Fr.); Oignies bei Douai (5 Fr.); Sin le Noble bei Douai (Kranz einschl. Grabbepflanzung 20 Fr.); Tourcoing, Dep. Nord (8 Fr.); Valenciennes (15 Fr.); Vauxbain bei Soissons (20 Fr.); Villers au Flos bei Bapaume (5 Fr.); Villers en Prayères bei Fismes (10 Fr.); Wervicq-französisch (5 Fr.); Alle Anträge werden unter Angabe der letzten Feldadresse, des Todestages und der Grabnummer des Gefallenen bis zum 8. November an den „Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, e. V.", Charlottenburg 5, Königsweg 30, erbeten. Die Beträge werden später eingefordert. Anfragen oder gleiche Anträge für andere Orte können erst nach dieser Zeit berücksichtigt werden.

— **Neuregelung des Verkehrs mit Pferdefleisch.** Der Magistrat gibt bekannt: Durch die von der Reichsregierung vom 19.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192011021-19/fragment/page=0003

September 1920 erlassene Verordnung über Aufhebung kriegswirtschaftlicher Vorschriften auf dem Gebiete der öffentlichen Fleischversorgung ist u. a. auch die Verordnung über Pferdefleisch und Ersatzwurst des Reichsernährungsministers vom 22. Mai 1919 (R. G. Bl. S. 467) in der Fassung vom 4. Juni 1920 (R. G. Bl. S. 1124) außer Kraft gesetzt worden. Die für den hiesigen Kommunalverband erlassenen Verordnungen über die Schlachtung von Pferden und den Handel mit Pferdefleisch sowie die Verordnung über die Regelung des Verkehrs mit Pferdefleisch vom 4. Juli 1919 werden daher hiermit aufgehoben.

— **Hallescher Lehrerverein.** Am Dienstag 8 Uhr in der Talamtschule Vortrag von Professor Gunkel: „Die Religion der Propheten".

Familien-Nachrichten

Geburten: Franz Berg (Sohn). — Kurt Wiegel (Tochter).

Todesfälle: Am 1. November Marie Nilius. — Am 30. Oktober Alma Wottawa geb. Günther im 59. Lebensjahr.

Provinz Sachsen

Die Unabhängigen als Kulturträger

Kirchenkonzerte und Tingel-Tangel auf einer Stufe.

Aus Eisleben wird uns geschrieben:

Der Mansfelder Seekreis ist als das rote Herz Deutschlands bekannt. Wenn irgend einmal Sondertaten der Genossen zu melden waren, so stammten sie sicherlich aus diesem Winkel der Provinz Sachsen. Was aber jetzt aus Helbra erzählt wird, das übersteigt manches unabhängige Stücklein um ein Großes. Die Helbraer haben im Kriege, wie so manche andere Gemeinde, ihr wichtigstes klingendes Register der Orgel ins Feld schicken müssen. Und da die Orgel nun einmal eins der notwendigsten Instrumente öffentlicher Kunstpflege ist, so veranstaltete der dortige Geistliche ein Kirchenkonzert, um aus dem Erlös des Konzerts der Orgel die alte Klangfülle zu geben. Der Plan kam zustande und musikalische Freunde der Sache stellten ihre Kunst unentgeltlich zur Verfügung. Man nahm 1 Mk. Eintritt und glaubte einen namhaften Betrag für die Orgel zu erübrigen.

Nun fällt aber für die Helbraer Gemeinde, die den Unabhängigen verfallen ist, ein Kirchenkonzert unter den Begriff „Vergnügungen". Ist demnach zu besteuern! Allerdings ist in der Vergnügungssteuerordnung der Helbraer die Möglichkeit des Erlasses der Steuer für Kirchenkonzerte, für Veranstaltungen zur Volksbildung und für gemeinnützige Zwecke, besonders wenn die Veranstaltung von Dilettanten ausgeübt wird vorgesehen. Selbstverständlich wurde auf Grund dieser drei Punkte der Erlaß der Vergnügungssteuer auch beantragt. **Die Gemeindevertretung, die darüber zu entscheiden hatte, kam jedoch zu dem Schluß, daß für das Kirchenkonzert, das in die Schätze alter Kirchenmusik einführte, die volle Vergnügungssteuer zu zahlen sei.** Warum sie das tat, ist nicht schwer zu erraten.

Sie hat sich damit ein Denkmal in Deutschland gesetzt, denn ihr war es vorbehalten, **Kirchenkonzerte** mit Tanzbelustigungen, Operettenschlagern und Tingel-Tangeldarbietungen auf eine Stufe zu stellen. „Du gleichst dem Geist, den Du begreifst . . ."

z. **Heiligenstadt,** 1. Nov. (Bestohlene Wandervögel.) Die hiesigen Wandervögel, die sich besonders aus Schülern des Gymnasiums rekrutieren, haben die Kapelle der Alten Burg als Heim eingerichtet. In einer der letzten Nächte wurde die Waldkapelle erbrochen und vollständig ausgeraubt.

z. **Heiligenstadt,** 1. Nov. (Verunglückt.) In Duisburg verunglückte der 65jährige Hausdiener Josef Klaus aus Thalwenden. Er wurde von einem Straßenbahnwagen angefahren und erlitt so schwere Verletzungen, daß der Tot nach wenigen Stunden eintrat.

z. **Vom Eichsfelde,** 1. Nov. (Starke Kälte. — Wassernot.) In der letzten Nacht sank die Temperatur auf 5 Grad Celsius. Eine starke Rinde bedeckte die Erdoberfläche. Da noch kein Schneefall eingetreten ist, so sind die Wintersaaten in Gefahr. Auch große Wassernot steht bevor. Die Wasserleitungen auf dem obereichsfeldischen Hochplateau sind teilweise schon trocken. Viele Landmühlen haben ihren Betrieb eingestellt, so daß auch die Mehlversorgung sehr zu wünschen übrig läßt.

— **Magdeburg,** 1. Nov. (Der Verband der Lohn-Dreschmaschinen- und Dampfpflugbesitzer) für Mitteldeutschland, Sitz Magdeburg, hielt eine ordentliche Mitgliederversammlung ab, in der der erste Vorsitzende Liebau den Bericht über die Tätigkeit der Geschäftsführung erstattete. Die Besprechung drehte sich zuerst um die Schwierigkeiten, die dem Verbande vom Landratsamt und Kreiswirtschaftsamt Kalbe gemacht wurden. Gegen die Bestimmungen über die Verpflichtung der Maschinenbesitzer wurde erneut Stellung genommen; die Angelegenheit liegt augenblicklich der preußischen Landesgetreidestelle vor. Die Belieferung mit Kohlen sei im allgemeinen befriedigend, nur seien in einzelnen Fällen durch hohe Fracht- und Entladepreise zu hohe Preise herausgekommen. Die Güte der Kohlen sei auch verschiedentlich unbefriedigend gewesen. Ueber die Unterlagen für Dreschpreise berichtete als Sachverständiger Ingenieur Charbonnier. Er schlug vor, in die Satzungen aufzunehmen, daß jedes Mitglied verpflichtet sei, die Verbandszeitung zu halten. Zum Schlusse regte Ingenieur Charbonnier an, den Versicherungswert der Maschinen bedeutend zu erhöhen, da die bisherigen Sätze dem heutigen Geldwert nicht mehr entsprächen und den Maschinenbesitzern dadurch häufig Schäden entstanden seien.

Die Tarifverhandlungen der Buchdrucker in Berlin sind unterbrochen worden. Die Gehilfenvertreter erklärten, daß sie das Arbeitsministerium zu einem Schiedsspruch über die Festsetzung einer Erhöhung der Teuerungszulage angerufen haben, nachdem seitens der Prinzipale diese abgelehnt worden war.

Die Aufhebung der standesherrlichen Bergregale. Der „Preußische Staatsanzeiger" veröffentlicht das Gesetz zur Ueberführung der standesherrlichen Bergregale an den Staat, demzufolge (§ 2) die Bergregale und Bergregalitätsrechte der früheren reichsunmittelbaren Standesherren in Preußen aufgehoben werden und die Verträge, die der preußische Staat mit den bisherigen Inhabern solcher Regale geschlossen hat, genehmigt werden. Solche Regale bleiben nur bestehen, soweit in den genehmigten Verträgen ihre teilweise und zeitlich beschränkte Erhaltung in der Hand des Berechtigten vereinbart ist.

Fabrikunglück. Die „Breslauer Ztg." meldet aus Gottesberg: Die Ammoniakfabrik des von der Heydt-Schachtes in Niederhermsdorf ist in die Luft geflogen. Der Abreibeapparat durchschlug das Fabrikdach, ein herabfallendes Stück der auseinandergerissenen Decke tötete den Wärter.

800 000 Mk. unterschlagen. Nach einer Meldung der „B. Z." ist der Direktor einer Konzertagentur und Verleger der „Hamburger Theater-Ztg." Erich Brieger nach Unterschlagung von annähernd 700 000 bis 800 000 Mark geflüchtet. Unter den Geschädigten befinden sich namhafte Künstler und bekannte Konzertetablissements.

Volkswirtschaftlicher Teil

Wirkung der Sozialisierung auf die Lage der Bergarbeiter

Auch die sozialdemokratischen Arbeiterführer verschließen sich nicht der Erkenntnis, daß für den Bergmann von der Sozialisierung des Kohlenbergbaues eine Besserung in seiner Lebenslage, wie sie ihm im Grunde nur eine Lohnaufbesserung gewähren kann, nicht zu erwarten ist. Am 14. Oktober erklärte im Reichskohlenrat bei der Aussprache über die Sozialisierung der Arbeitnehmervertreter Gierbig:

„Die Arbeiterschaft wüßte ganz genau, daß Sozialismus Arbeit bedeute und daß sie nicht damit rechnen könnte, daß die Sozialisierung eine Minderung der Arbeit und eine Erhöhung des Lohnes brächte, aber sie hätten die Gewißheit, zu sehen, daß das Erträgnis ihrer Arbeit der Gesamtheit zugute käme, und des würde ihre Arbeitsfreudigkeit heben, um auch das in den Kauf zu nehmen, daß die Sozialisierung unter Umständen mehr Arbeit und weniger Lohn bringen würde."

Für die Beurteilung der Frage, ob die Sozialisierung des Steinkohlenbergbaues dem Bergmann eine Besserung in den Lohn- und Lebensverhältnissen bringen wird, ist eine Gegenüberstellung der insgesamt gezahlten Arbeitslöhne und der gesamten Ausbeute im Ruhrkohlenbergbau, die der Bergbauliche Verein in Essen in einem von ihm herausgegebenen Schriftchen „Zur Sozialisierung des Kohlenbergbaues" veröffentlicht besonders wertvoll. Im Ruhrbergbau wurden nämlich verteilt:

Jahr	Arbeitslohn Mill. Mark	Ausbeute Mill. M.	v. d. Gesamtsumme Arbeitslohn %	Ausbeute %
1917	959,1	142,0	87,10	12,91
1918	1 181,1	128,1	90,22	9,78
1919	2 161,5	79,4	96,46	3,54

Die Geringfügigkeit der Ausbeute im Vergleich zum Arbeitslohn tritt in diesen Zahlen deutlich in die Erscheinung. In den letzten Jahren ist die im Ruhrbergbau erzielte Dividende ständig zugunsten des Arbeitslohnes zurückgegangen. Da nach dem Vorschlage der Sozialisierungskommission die Abfindungskapitalien verzinst werden sollen und für die Ablösung der Eigentumsrechte Tilgungsrenten zu beschaffen sind, so steht aus dem Ausbeuteertrage für die Arbeiter nichts zur Verfügung. Es ist auch zu berücksichtigen, daß in Zukunft, wenn wir die Verbindung mit dem Weltmarkte wieder aufgenommen haben, der Lohn der Bergarbeiter in der Hauptsache von den Wettbewerbsverhältnissen auf dem Weltmarkte bestimmt wird. Wird, wie mit Sicherheit zu erwarten ist, die Umbildung der Kohlenwirtschaft zu einer Erhöhung der Selbstkosten führen, so besteht bei der ausschlaggebenden Rolle, die dem Lohnbestandteil in den Selbstkosten zukommt, für den Bergmann die unmittelbare Gefahr, daß er sich zur Aufrechterhaltung der deutschen Wettbewerbsfähigkeit an Stelle der von der Sozialisierung erwarteten Besserung seiner Lage mit einer Verschlechterung wird abfinden müssen.

Es ist doch ernstlich zu bezweifeln, daß die Bergarbeiter sich für eine Sozialisierung begeistern würden, wenn sie wüßten, daß sie aller Wahrscheinlichkeit nach nur eine Verschlechterung ihrer Lebenshaltung herbeiführen würden.

Aktiengesellschaften

★ **Kaliwerk Krügershall A.-G. Halle a. S.** Eine außerordentliche Generalversammlung in Magdeburg soll Beschluß fassen über die Erhöhung des Aktienkapitals um 6 Mill. Mk. von 8 auf 14 Mill. Mk. Diese Erhöhung soll zur Beteiligung an einem anderen Unternehmen dienen.

★ **Preußische Elster-Saale-Kanal G. m. b. H. Merseburg.** An Stelle des ausgeschiedenen Geschäftsführers Kaufmanns K. Weise ist Rechtsanwalt Dr. Penkert in Merseburg bestellt.

*n. **Mälzerei-Aktiengesellschaft vorm. Albert Wrede, Cöthen.** In der Generalversammlung wies der Vorsitzende des Aufsichtsrats auf die außerordentlich schwierige Lage hin, in der sich das Mälzereigewerbe befindet. Nur durch Zusammenlegung der Betriebe und höchste Ausnutzung der verbleibenden, könne eine Besserung erreicht werden. Leider vermögen manche Betriebe diese zwingende Notwendigkeit noch immer nicht einzusehen. Die Aussichten für das nächste Geschäftsjahr werden als nicht günstig bezeichnet. Der Geschäftsbericht, der 3 566 250 M. in Aktiva und Passiva nachweist, wurde genehmigt. Aus dem Reingewinn von 188 587 Mk. wurden 140 000 Mk. zur Ausschüttung der beantragten Dividende von 7 Proz. verwendet. Der turnusgemäß ausscheidende Vorsitzende des Aufsichtsrats, Justizrat Lezius-Cöthen, wurde wiedergewählt.

Kaliwerke Friedrichshall, A.-G. In der außerordentlichen Generalversammlung wurde beschlossen, das Grundkapital um 4¼ auf 10½ Mill. Mark zu erhöhen, und zwar zu dem Zwecke, um sämtliche Geschäftsanteile der Bergwerksgesellschaft Glückauf-Sarstedt, G. m. b. H., von der Gewerkschaft Neustaßfurt II zu erwerben. Die neuen Aktien sind ab 1. Januar 1920 dividendenberechtigt. Die Aussichten seien wiederum gute. Man könne mit Ruhe der Zukunft entgegensehen.

Metall- und chemische Industrie-Akt.-Ges. Unter dieser Firma wurde von der Metallfirma Altheimer, Speier u. Co. in Frankfurt a. M. eine Aktiengesellschaft mit 4 Mill. Mark voll eingezahltem Stammkapital gegründet.

★ **Woll - Haar - Kämmerei und Spinnerei Akt.-Gef. Hainichen i. Sa.** Die Generalversammlung wird über eine Kapitalserhöhung um 2 bis 3 Mill. Mk. zu beschließen haben.

★ **Kleinbahn A.-G. Osterburg-Deutsch-Pretzlar.** Der Generalversammlung wird die Herabsetzung des Grundkapitals um 5250 Mk. auf 1 914 750 Mk. vorgeschlagen.

Handel, Industrie, Handwerk

★ **Handelsregister Halle.** In Abt. A ist unter Nr. 2999 die Firma Alfred Schaaf in Halle neu eingetragen worden. — Bei der Kefersteinschen Papierhandlung, Kommanditgesellschaft, ist eingetragen, daß die Prokuren der Herren Kraut, Feuerstack und Ziegler sich nur auf die Hauptniederlassung in Halle erstreckt. — Die Firma Müller u. Co., Autoflieg Halle ist erloschen. — Dem Betriebsleiter Karl Koennecke der offenen Handelsgesellschaft Karras und Koennecke ist Prokura erteilt. — Die Prokura des Ludwig Beiß bei der Hugo Schneider A.-G., Abt. Kupferwerk Trotha, ist erloschen.

★ **Aus Handelsregistern.** Erfurt. Neueingetragen wurden die Firmen W. u. A. Brandes, Bau- und Maschineningenieure, Erfurt. Schuhwarenvertrieb Erfurt Stolberg u. Ziegler und Tröger, Stade u. Co., Kommanditges., Maschinen und Eisenbau. — Meiningen. Neu eingetragen ist die mit 20 000 Mk. gegründete Großthüringische Elektrizitäts-G. m. b. H. in Meiningen. — Sorau. Neueingetragen ist die mit 120 000 Mk. gegründete Textil-Industrie- und Handels G. m. b. H. Seifersdorf.

Ausnahmen von dem Einfuhrverbot für Wolle, Häute, Lumpen usw. können nach Erlaß des preußischen Landwirtschaftsministers durch den Kommissar für die Rinderpestbekämpfung in Aachen (Regierung) gemacht werden. Die Ausnahmen werden von Fall zu Fall gemacht, wenn aus der Eingabe ersichtlich ist, **daß die betreffenden Waren nachweislich aus überseeischen Ländern stammen, sich in Originalpackungen befinden und in Belgien** weder gelagert haben, noch mit belgischen Tieren und von solchen stammenden Stoffen in Berührung gekommen sind. Anträge auf Bewilligung der Einfuhr für die vorgenannten Stoffe sind **infolgedessen unmittelbar an den Seuchenkommissar in Aachen zu richten.** Der Herkunftsort, die Einfuhrstelle, der Empfangsort müssen in den Anträgen angegeben werden.

Vorläufig keine Höchstpreise für Schrott. Die Höchstpreisverordnung für Schrott wird vorläufig nicht ... lassen werden, da die Schrottpreisbewegung, wohl ... durch die Herabsetzung der Eisenpreise, zum Stillstand ... ist. Für Kernschrott werden gegenwärtig etwa 900 Mk. ... Eine Herausbringung der Höchstpreisverordnung für ... späteren Termin ist in Aussicht genommen, jedoch nicht ohne ... der zuständigen Stelle, dem alten Wirtschaftsbund Gelegenheit gegeben wird, dazu Stellung zu nehmen.

★ **Wagengestellung.** Im Eisenbahndirektionsbezirk ... (Saale) (einschließlich der anschließenden Privatbahnen) wurden am 30. d. M. für Kohlen, Koks, Briketts und Naßpreßsteine gestellt 4781 Wagen zu 10 Tonnen, nicht gestellt 3213 Wagen zu 10 Tonnen.

Berliner Börsenberichte

★ **Die Berliner, sowie die Leipziger Börse** waren ... am 1. November, geschlossen.

Produktenbericht. Berlin, 1. November. Im freien Produktenverkehr zeigte sich heute etwas mehr Nachfrage für Hülsenfrüchte, die sich in der Hauptsache auf Futtermaterial beschränkte, für welches höhere Preise bewilligt wurden. Die Tendenz für Oelsaaten blieb fest. Außerordentlich knapp ist das verfügbare Material in Mohn, so daß Ueberpreise dafür bezahlt wurden. Rauhfutter war in den Preisen wenig verändert. Für ... überseeischer Herkunft wurden etwas höhere Preise be... Wetter kalt.

Berliner Produktenmarktpreise.
Nichtamtliche Ermittelungen per 50 kg ab Station.

	1. November
Speiseerbsen, Viktoriaerbsen	290—315
„ kleine	220—255
Futtererbsen	180—195
Linsen	400—480
Peluschken	170—184
Ackerbohnen	175—183
Wicken	150—170
Lupinen, blaue	80—90
„ gelbe	100—115
Seradella, alte	75—85
„ neue	100—118
Vicia villosa	—
Raps	495—500
Rübsen	5—10
Leinsaat	410—440
Mohn	650—720
Senfsaat	230—270
Hirse, inländische	—
Donauhirse	—
Trockenschnitzel	78—83
Torfmelasse	69—70
Häckselmelasse	—
Haferschalen-Melasse	—
Wiesenheu, lose	31—35
Kleeheu	40—44
Stroh, drahtgepreßt	25—26½
„ gebündelt	23—24
Mais, loko ab Hamburg	—
„ per November	194
Kartoffeln, unsortiert	—
„ sortiert	—
Runkelrüben	8½—9½
Möhren, rote	15½—17
„ gelbe und weiße	14½—15

Reis, frei Kaiwaggon Hamburg, per 1 kg 9,40.
Reis, Brasil-Vollreis per loko 1 kg —,— per 1 kg —,—.
Burmareis 14 tätig —,—, frei Kaiwaggon Hamburg —,—.

Berliner Metallnotierungen:

Berlin, 1. November. Preise für 1000 kg in Mark.

Raffinade-Kupfer 98—99% 2100
Orig.-Hütten-Weichblei 830-840
Orig.-Hütten-Rohzink im freien Verkehr 940
Remelted-Platten-Zink 620/630
Orig.-Hütten-Alumin. 98-99% (in gekerbten Blöckchen) 3600/3700
Orig.-Hütten-Alumin. (in W... draht od. Drahtwaren 3700...
Zinn (Banca-Straits-Billiton) 7250...
Hüttenzinn (mind. 99%) 702...
Reinnickel (98-99%) 4700
Antimon (Regulus)
Silber in Barren, ca 900 für 1 kg 1480
Elektrolytkupfer

Devisenkurse. Berlin, 1. November.

Die amtlichen Notierungen für telegraphische Auszahlungen stellen sich an der heutigen Börse im Vergleichung zum vorhergehenden Tage in Mark wie folgt:

	1. November Geld	1. November Brief	30 Oktober Geld
Amsterdam Rotterdam	2347,65	2352,35	2297,70
Brüssel-Antwerpen	514,45	515,55	514,45
Christiania	1043,95	1046,05	1021,45
Kopenhagen	1053,90	1056,10	1033,95
Stockholm	1500,95	1504,05	1473,50
Helsingfors	165,80	166,20	164,80
Italien	284,70	285,30	289,70
London	266,95	267,55	263,70
New-York	77,37	77,53	76,47
Paris	488,—	489,—	487,—
Schweiz	1216,25	1218,75	1193,80
Spanien	1061,40	1063,60	1043,95
Wien (altes)	21,22	21,28	—,—
Deutsch-Oest. abgest.	23,97	24,03	23,97
Prag	86,15	86,35	86,15
Budapest	15.48	15,52	14,98

Valuta-Tabelle

Börse in	Okt. 23.	Okt. 25.	Okt. 26.	Okt. 27.	Okt. 28
Markvaluta					
Kopenhagen	10,40	10,60	10,60	10.50	10,10
Stockholm	7,40	7,85	7,50	7,35	7 00
Zürich	8,95	9,00	9,15	8,95	8 65
Amsterdam	4 65	4 70	4 67½	4,57½	4,37½
Wien	591,50	602,50	614,50	608,50	583,50
Prag	119,25	119,25	119,25	119,25	—
Franz. Frankvaluta					
Kopenhagen	47,25	47,00	47,00	46,00	46,75
Stockholm	33,50	33,25	33,25	32 90	32,75
Zürich	40 90	40,90	40,65	40,15	40,35
Amsterdam	21 05	20,97½	20,97½	20,80	20,80
Engl. Pfundvaluta					
Kopenhagen	24 79	26,05	25,15	25 22	24,45
Stockholm	17,80	17,75	17,85	17,90	17,98
Zürich	21,86	21,91	21 97	22 10	22 10
Amsterdam	11 24½	11,29¾	11,34½	11,40	11,39
Oester. Kronenvaluta					
Berlin	28,42	28,27	28,59½	28 59½	28,37
Tschech. Kronenvaluta					
Berlin	88,90	88 65	88 40	88,50	88,15
Wien	20,00	20,00	19,62½	19 30	—

Hauptschriftleiter Helmut Böttcher.
Verantwortlich für Politik: Helmut Böttcher; für politische Nachrichten ... Ernst Messerschmidt; für Volkswirtschaft, Provinz u. Sport Hans Heilig...; für den gesamten übrigen redaktionellen Teil: Erich Sellheim. Für ... Anzeigenteil: Paul Kersten, sämtlich in Halle a. S.
Otto Thiele, Buch- u. Kunstdruckerei, Verlag der Halleschen Zeitung, Halle a. ...

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192011021-19/fragment/page=0004